

# P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

## TOP 27 – Erhebung von Studiengebühren – Antrag der Fraktionen der CDU und FDP

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/DIE GRÜNEN,  
**Angelika Birk:**

## Fraktion im Landtag Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 169.03 / 20.06.2003**

Grüne

## Wir dürfen Studierende nicht vom Studium abschrecken!

Wie das Ungeheuer von Loch Ness lässt die Opposition immer wieder das Thema Studiengebühren auf der Tagesordnung des Landtages auftauchen, obwohl es keine neuen Fakten gibt. Die CDU-regierten Länder wollen über eine Klage durchsetzen, dass an ihren Universitäten für das Erststudium Gebühren erhoben werden können. Diesem Ansinnen erteilen wir eine Absage.

Wir brauchen mehr und nicht weniger Studierende in Deutschland, die Ergebnisse der Pisa-Studien und andere Indikatoren zeigen, dass es Jugendliche aus Nicht-Akademiker-Familien hierzulande viel schwerer haben an eine Hochschule zu gelangen als es in anderen Staaten der Fall ist. Mehr Chancengleichheit erreichen wir nicht mit Gebühren. Die wiederholten Diskussionen von CDU und FDP drohen Studierwillige abzuschrecken.

Das ist unverantwortlich, denn wir brauchen eine öffentliche Ermutigung für den akademischen Nachwuchs!

Unabhängig davon ist es an der Zeit für eine perspektivische Diskussion über die Frage, wie die Nachfragesituation der Studierenden gestärkt werden kann, z. B. über das System von Bildungsgutscheinen oder Studienkonten. Der Clou an diesem System ist, dass Studierende die Hochschulen für ihre Dienstleistungen bezahlen, und damit einen Wettbewerb um optimal organisierte Forschung und Lehre auslösen.

Wohlgemerkt ist dies ein Wettbewerb, der die öffentliche Hand nicht aus der Verantwortung lässt. Die Opposition im Landtag hingegen möchte Studiengebühren entweder als Strafsteuer für Langzeitstudierende einführen oder das Erststudium durch die Studierenden selbst finanzieren lassen. Nicht mit uns!

\*\*\*

**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

